Potsdams andere Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Januar 2019 Nr.01 · 15. Jahrgang

25 Jahre Politik für Brandenburg

Aus der Rede von ANITA TACK (MdL) auf der Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE.Potsdam am 24. November 2018

Ich will mich bei Euch sehr herzlich für Eure jahrelange Unterstützung und vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken. Heute ist die erste Vertreter*Innenversammlung seit 1990, wo ich mich nicht als Kandidatin für ein LT-Mandat vorstelle bzw. dafür kandidiere. Wenn am 1. September 2019 die Landtagswahl in Brandenburg stattfindet werde ich dann, nach 25 Jahren, dem Brandenburger Landtag nicht mehr angehören.



Das wird spürbare und nachhaltige Veränderungen in meinem Alltag und in meinem politischen Engagement mit sich bringen. Darauf bin ich gespannt. Aber eins ist sicher, Langeweile wird es nicht geben.

Seit 1990 in landespolitischer Verantwortung für die PDS und die LINKE, davon auch 5 Jahre in der Funktion als Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, haben mein Leben maßgeblich geprägt, haben es mit nachhaltigen Erfahrungen angereichert und haben mich auch viel Kraft gekostet. Denn ich habe mich auch immer ehrenamtlich engagiert, da kommt eine gute Bilanz zusammen: so als Gründungsvorsitzende des „kommunalpolitischen forum Land Brandenburg“ e.V. und 10 Jahre als Vorsitzende, vier Wahlperioden als stellv. PDS-Landesvorsitzende, eine Wahlperiode als Landesvorsitzende der PDS, 8 Jahre als Präsidentin der Landesverkehrswacht Brandenburg e.V. und von 2008 bis 2015 war ich Mitglied der SVV Potsdam.

In meinem Buch „Enkeltauglich: Nachhaltige Politik für Brandenburg“, habe ich einen Blick auf 5 Jahre Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz geworfen und eine Art Bilanz meines Wirkens gezogen.

Es bleibt heute keine Zeit, auf einzelne Erfolge und auch Misserfolge einzugehen, aber eins ist Fakt: ein transparenter, vertrauensvoller und offensiver Umgang in der Partei und mit den Bürgerinnen und Bürgern hat mir geholfen, auf solidarische Art und Weise meine Aufgaben zu erfüllen und die gesteckten Ziele zu erreichen.

Ich habe das gute Gefühl, mit meiner Arbeit unsere Lebensbedingungen ein wenig enkeltauglicher gemacht zu haben.

Natürlich werde ich meine Kenntnisse und Netzwerke und vor allem auch meine Meinung weiter in den politischen Diskurs einbringen, das ist für mich selbstverständlich.

Ich freue mich aber auch, dann mehr Zeit für meine Kinder und Enkelkinder zu haben und andere Prioritäten bei der Auswahl von Veranstaltungsbesuchen setzen zu können, als ich es bisher konnte.

Ich bin Mitglied in vier mir sehr wichtigen Freundeskreisen bzw. Fördervereinen in der Stadt: Rechenzentrum, Hans-Otto-Theater, Filmmuseum der Film-Uni Konrad Wolf und Kabarett Obelisk, die warten auf meine freie Zeit, auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Jetzt bin ich schon zwei Jahre im gesetzlichen Rentenalter, und es ist an der Zeit, den Staffelstab mit samt meinen vielfältigen Berufs- und Politikerfahrungen v.a. in der Stadtentwicklungs -und Verkehrspolitik weiter zu geben.

Liebe Genossinnen und Genossen, die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland und in Brandenburg haben sich vor allem durch den spürbaren Ruck nach rechts stark verändert.

Wir LINKE müssen diese Herausforderung annehmen und alles dafür tun, dass das humanistische Menschenbild Grundlage unseres Handelns für soziale Gerechtigkeit, für bessere Lebensbedingungen und für ein friedliches Miteinander bleibt.

Abschließend finde ich es sehr gut, dass wir es endlich schaffen, dass in zwei von drei Potsdamer Landtags-Wahlkreisen Frauen antreten: Tina Lange und Isabelle Vandre.

Luxemburg-Liebknecht-Ehrung im Januar 2019

Am 15. Januar 1919 – zwei Wochen nach Gründung der KPD – wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von der Reaktion ermordet. Am 13. Januar 2019 werden wir im Rahmen der Luxemburg-Liebknecht-Ehrung anlässlich des 100. Jahrestages dieses schändlichen Verbrechens erneut zur Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde demonstrieren. Die Demonstration findet am 13. Januar 2019 um 10.00 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde sowie am 15. Januar 2019 um 18.00 Uhr vom Olof-Palme-Platz und zu den Gedenktafel/-stein im Tiergarten statt.

Die Liebknecht-Luxemburg-Ehrungen in Potsdam werden am 15. Januar um 16.00 Uhr vor dem Haus Hegelallee 38, dem ehemaligen SPD-Vereinslokal, sowie am Sonntag, 20. Januar 2019, ab 11.00 Uhr am Denkmal „Flamme der Revolution“ hinter dem Hotel „Mercure“ stattfinden.

In dieser Ausgabe

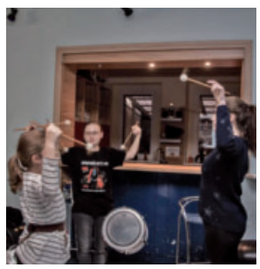
LINKS sozial
2 Stadtteilfrühstück/AWO-„Von Herzen-Tour 2018“

LINKS wählen
3 „Mission Titelverteidigung“ - LINKE will wieder stärkste Kraft werden in Potsdam

LINKS im Kalender
4 Kalenderblätter Januar 2019/Gedenken an Opfer des Nationalsozialismus

LINKS im Rathaus
5 Neuigkeiten zum Jahreswechsel aus der Stadtfraktion DIE LINKE

LINKS in Stadt und Land
6 Interview mit Bernd Riexinger/Paritäterverband
7 hat gewählt/ Kritk am Polizeigesetz-Kompromiss



Die letzte Seite
8 Fanfarenzug kooperiert mit Jungendklub 91/Tipps und Termine/Sudoku

Informationen der Redaktion

Die erste Ausgabe der „PaS“ erscheint nach dem ersten Wochenende im Februar. Redaktionsschluss ist jedoch schon am 15. Januar 2019.

Begegnung, Beratung, Hilfe – Das Bürgerbüro von Hans-Jürgen Scharfenberg macht mit!



Elternplausch bei Brötchen und frischem Kaffee, gemütlich in der Ecke Zeitung lesen bei einer Tasse Tee: Obwohl erst seit wenigen Wochen angeboten, erfreut sich das Stadtteilfrühstück in Drewitz bereits jetzt schon großer Beliebtheit. Bis zu 30 Gäste nutzen immer mittwochs und freitags den gemeinsamen Start in den Tag. Das Stadtteilfrühstück ist eine Idee des AWO Büro Kinder(ar)Mut und wird in Kooperation mit dem „oskar. Das Begegnungszentrum in der Gartenstadt Drewitz“ realisiert. Und dass das Büffet kostenlos angeboten werden kann, verdankt es dem Städtebauförderprogramm Soziale Stadt Am Stern/Drewitz.

Zum offiziellen Start des Stadtteilfrühstücks am 7. Dezember 2018 kamen auch der Landtagsabgeordnete Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg und die Stadtverordnete Jana Schulze (beide von DIE LINKE). Ein solches Projekt fülle das im Potsdamer Leitbild genannte Ziel des „sozialen Ausgleichs“ mit Leben, bedankte sich Scharfenberg beim AWO Bezirksverband Potsdam. Die Frühstücksgäste finden neben Plausch und Begegnung auch ein „offenes Ohr“, soziale Beratung und Hilfe zum Beispiel beim Ausfüllen der Bildungs- und Teilhabeanträge durch die Sozialberater*innen vom Büro Kinder(ar)Mut und oskar.

„Ich freue mich,“ so Hans-Jürgen Scharfenberg, „dieses und weitere Angebote des Büros aktiv mit zu unterstützen. So kann mein Bürgerbüro als Anlaufstelle genutzt werden. Meine Mitarbeiterin, Jana Schulze, steht im ständigen Austausch mit dem Büro Kinder(ar)Mut“.

Aktuell werden Schulmaterialien und Schulranzen gesammelt. Das Büro Kinder(ar)Mut wird diese an die Kinder/Familien ausreichen, welche Bedarf haben.

Jana Schulze (Wahlkreismitarbeiterin)

AWO Bezirksverband Potsdam e.V.
Büro Kindermut
Breite Straße 7a
14467 Potsdam
Tel.: +49 331 600 97 916
buero-kindermut@awo-potsdam.de
Ansprechpartnerin: Franziska Löffler

Bürgerbüro Dr. Scharfenberg
Galileistraße 37/39
14480 Potsdam
Tel.: +49 221 600 50 69
buero.scharfenberg@gmx.de
Ansprechpartnerin: Jana Schulze

Von-Herzen-Tour 2018

Weihnachtsmärkte für Familien mit geringem Einkommen

Vom 18.12. bis 20.12.2018 fand die 2. Von-Herzen-Tour des AWO Bezirksverbandes Potsdam in drei Stadtteilen Potsdams statt. Dieses Jahr habe ich persönlich am Schlaatz und Am Stern das Fest unterstützt.

In Gesprächen mit Besuchern und Mitstreitern der Weihnachtsmärkte wurde mir erneut bewusst: Nicht allen Menschen ist es möglich, die Vorweihnachtszeit sorglos zu genießen. Der Besuch eines Weihnachtsmarktes, der für die meisten Menschen zu den schönen Erlebnissen der Vorweihnachtszeit gehört, ist für manche in unserer Gesellschaft purer Luxus. Wenn das Geld knapp ist, ist an einen Besuch mit Süßem, Karussellfahrten und Punsch nicht zu denken.

Der mobile Weihnachtsmarkt brachte Besinnlichkeit und Freude, wärmenden Punsch und festliches Essen mit in die verschiedenen Potsdamer Stadtteile. Direkt zu den Familien. Und alles war kostenfrei für die kleinen und großen Besucher*innen.





An den mit Sternen, Tannengrün und Lichterketten geschmückten Weihnachtsbuden gab es alles, was das Herz begehrt: Rosenkohl und Gänseragout, Eintopf aus der Gulaschkanone, wärmender Apfelpunsch, Zuckerwatte, Waffeln, Kaffee und Tee, Weihnachtslieder, besinnliche Rockmusik und Kinderprogramm – und alles kostenfrei für die Gäste. Mit dabei waren Moderator Attila Weidemann, die BIG BEAT BOYS, der AWO-Chor und die Potsdamer Klinikclowns. Mit leuchtenden Kinderaugen wurden wir belohnt.

Mein Dank für diese und alle anderen Aktionen des Bezirksverbandes der AWO Potsdam, geht an die zahlreichen fleißigen Wichtel der drei Nachmittage. Gern unterstütze ich die Von-Herzen-Tour auch beim nächsten Mal.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, MdL

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; ***Kati Biesecke, Stefan Wollenberg,*** Vorsitzende. Zeppelinstraße 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: ***Bernd Martin*** (V.i.S.d.P.); ***H. Jo. Eggstein,*** Layout; ***Renate Frenz,*** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG

„Wir wollen wieder stärkste politische Kraft werden“

Das Jahr 2019 wird ein Jahr voller Herausforderungen/Im Mai die Europa- und Kommunalwahlen und am 1. September die Landtagswahl/Mission Titelverteidigung – Teil 3/ Von SASCHA KRÄMER

Wir – DIE LINKE.Potsdam – müssen uns intensiv auf die bevorstehende Kommunalwahl vorbereiten. Der OB-Wahlkampf hat dafür gute inhaltliche Grundlagen gelegt. Bezahlbarer Wohnraum für jeden Geldbeutel, gutes Leben für alle Generationen, mehr Mobilität, weniger Individualverkehr, allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen geben und Stadt und Natur in Einklang bringen. Daran sollten wir anknüpfen.

Und um es ganz deutlich zu sagen, wir wollen wieder stärkste Kraft werden, um zu gestalten - wir wollen Potsdam gerechter, sozialer und ökologischer machen. Wir wollen ein Potsdam mit allen für alle.

DIE LINKE Potsdam - wir alle hier - waren bei der Kommunalwahl 2014 stärkste politische Kraft. Wir konnten die BürgerInnen von unserem linken Projekt und unserer konkreten politischen Arbeit überzeugen. Stärkste Kraft, das ist kein Naturgesetz, sondern Lohn jahrelanger harter und gemeinsamer Arbeit.

Potsdam entwickelt sich gut. Eine Stadt, die nicht über Bevölkerungsrückgang klagen muss, im Gegenteil, die Bevölkerung wächst, und sie wird jünger! Die Stadt ist familienfreundlich, der Wohnungsleerstand und die Arbeitslosenquote gering, die Fassaden der Häuser sind schick. Wozu dann eigentlich noch eine LINKE? Weil hinter der schicken Fassade die Probleme zugenommen haben: Soziale Spaltung, fehlender Wohnraum, steigende Mieten, Verkehrskollaps, Umweltbelastung, fehlende Kita-Plätze und ein Stadtumbau mit der Brechstange.

Welches Potsdam stelle ich mir vor? Ein Potsdam,

▶ das seine EinwohnerInnen in ihrer Unterschiedlichkeit annimmt und fördert, eine Stadt, in der verschiedene soziale Schichten, Altersgruppen, Lebensentwürfe und Überzeugungen solidarisch miteinander leben können

▶ das die ökologische Herausforderung als Chance begreift und dabei die soziale Dimension nicht aus den Augen zu verliert

▶ das bezahlbaren Wohnraum für alle sozialen Schichten, einer attraktiven Bildungs- und Kulturlandschaft und eine bedarfsgerechte und nachhaltige Infrastruktur schafft

▶ das umfassende Beteiligung aller EinwohnerInnen an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen Grundlage des politischen Handelns garantiert



▶ das die Stadt kulturvoll, sozial, wirtschaftlich und ökologisch in ihrer Gesamtheit entwickelt und die Lebensqualität in allen Wohngebieten und Stadtteilen sichert und qualifiziert

▶ welches den Einstieg in einen hochwertigen und fahrscheinlosen Nahverkehr wagt, mehr Park&Ride- und Bike&Ride-Plätze ebenso wie ein regionales Radwegenetz mit Umsteigemöglichkeiten zu Bus und Bahn anbietet

▶ welches die Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinen als eine Region als Chance und nicht als notwendiges Ärgernis begreift.

Auf dem Weg dahin müssen wir in einen offenen Disput mit verschiedenen Zielgruppen der Stadt treten Nicht um vorrangig eigene Meinung bestätigt zu bekommen, sondern im Gespräch neue Erkenntnisse zu gewinnen und zugleich unsere Ideen und Konzepte „zu testen“.

Dabei dürfen wir uns nicht nur auf „Klientelpolitik“ beschränken. Nicht nur Mahnerin vor sozialen Verwerfungen sein - dies muss und wird die LINKE bleiben – sondern wir müssen auch als Ideengeber für gesellschaftlichen Aufbruch in Erscheinung treten – und das deutlich stärker! Ich sehe eine moderne LINKE als Verbindung von sozialem Engagement, ökologischer und gesamtwirtschaftlicher Verantwortung, aufgeklärter Bürgerschaft und einem Mehr an Demokratie.

Unser Ergebnis bei der Kommunalwahl wird der Gradmesser sein, wie tief wir in der Stadtgesellschaft verankert sind. Ich werde mit Volldampf und mit euch dafür kämpfen, dass wir wieder mit einer starken LINKE-Fraktion in die Stadtverordnetenversammlung einziehen.

.... und nach der Kommunalwahl sollte auch weiterhin gelten: In Potsdam können gern Dinge mit der LINKEN entschieden werden, jedoch nichts gegen DIE LINKE. Dafür sollten wir alle gemeinsam kämpfen.

Bombensicher – Stadt soll Beeinträchtigungen durch Munitionsbergungen reduzieren

Dreimal seit August wurden auf dem Gelände des ehemaligen TRAM-Depots Blindgänger aus dem 2. Weltkrieg entschärft. Dreimal mussten die umliegenden Einrichtungen, u.a. auch das Humboldt-Gymnasium geräumt werden. Die erste Entschärfung fiel noch in die letzte Ferienwoche - bei den beiden folgenden fiel jeweils ein kompletter Unterrichtstag aus. Allein auf dieser Baufläche gibt es 38 weitere Verdachtsstellen. Wird aus jeder dieser Verdachtsstellen eine weitere Entschärfung - im Extremfall bedeutete dies zwei Monate Schulausfall für das Gymnasium. Das ist selbstverständlich nicht hinnehmbar.



Und Schulen sind nicht die einzigen betroffenen Einrichtungen. An vielen Orten in Potsdam werden derzeit große Flächen für die Bebauung vorbereitet. Regelmäßig muss dabei auch Weltkriegsmunition unschädlich gemacht werden. Jedesmal sind Schulen, Kitas, Pflegeeinrichtungen und natürlich Anwohner*innen betroffen. Auch die Verkehrsbeeinträchtigungen sind erheblich. Deshalb beantragt DIE LINKE in der kommenden Stadtverordnetenversammlung, dass die Stadt Möglichkeiten suchen soll, wie die Beeinträchtigungen reduziert werden können, insbesondere dann, wenn es um große Flächen geht, bei denen mehrere Funde zu erwarten sind. Möglichkeiten wären dabei z.B. die Bündelung von Entschärfungsmaßnahmen durch erhöhten Personaleinsatz, das Ausweichen auf Wochenend- oder Ferienzeiten, oder auch Ausweichquartiere an anderen Schulen für den Unterricht.

Natürlich ist die Beseitigung von Kampfmitteln wichtig, das wird niemand in Frage stellen. Dennoch kann man darüber nachdenken, wie der Umgang mit diesem unseligen Erbe noch besser organisiert werden kann, um die Belastungen für alle Potsdamer*innen zu reduzieren.

–sw

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Vor 74 Jahren befreiten sowjetische Soldaten das Vernichtungslager Auschwitz. Hier wurden zwischen 1940 und 1945 mehr als eine Million Menschen umgebracht. Der Name „Auschwitz" gilt heute als Symbol für den Massenmord an den europäischen Juden. Seit 1996 wird in Deutschland am 27. Januar offiziell der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. 2005 wurde der Tag international zum Holocaust-Gedenktag.

Es war ein klarer Appell, den Alt-Bundespräsident Roman Herzog im Januar 1996 an die Deutschen richtete: „Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen." Mit diesen Worten erklärte Herzog den 27. Januar zum zentralen Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus. Der deutsche Bundestag begeht diesen Tag seit 1996 mit Reden und ausländischen Gästen wie etwa dem ungarischen Literaturnobelpreisträger und ehemaligen Auschwitz-Häftling Imre Kertesz.

Zudem wird in zahlreichen Städten der Opfer der Nazi-Verbrechen mit Kranzniederlegungen, Ausstellungen und Konzerten gedacht. Wie jedes Jahr wehen die Flaggen vor vielen Behörden und öffentlichen Stiftungen auf Halbmast. 2005 beschloss auch die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN), den Tag international zum Holocaust-Gedenktag zu machen.

Auschwitz diente Hitler und seinen Helfern nach dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 anfangs vor allem als Lager für politische Gefangene aus dem Nachbarland. Später wurde es deutlich vergrößert und von den Nazis zum zentralen Ort für den Massenmord an den europäischen Juden bestimmt. Im Hauptlager, das auf einem ehemaligen Barackengelände der polnischen Armee errichtet wurde, belief sich die Zahl der Insassen zeitweise auf mehr als 20.000. Dazu kamen mehr als 90.000 Häftlinge, die in dem noch größeren Lager im drei Kilometer entfernten Birkenau (Brzezinka) untergebracht waren. Auf dem später auch Auschwitz II genannten Gelände ließ Hitlers Schutzstaffel (SS) Anfang 1942 auch die ersten Gaskammern errichten.



Einfahrtsgebäude des KZ Auschwitz-Birkenau, Ansicht von innen, 1945
Bundesarchiv, B 285 Bild-04413 / Stanislaw Mucha / CC-BY-SA 3.0

Heute ist das ehemalige Vernichtungslager Auschwitz ein Museum. 2009 besuchten 1,3 Millionen Menschen aus der ganzen Welt die Gedenkstätte, so viel wie nie zuvor. Die Mehrheit von ihnen - mehr als 800.000 - waren Schüler und Studenten.

Die Generation der Opfer - wie auch der Täter - stirbt aus und mit ihr auch die persönlichen Bezüge zu diesem Abschnitt der deutschen Geschichte. An jedem Jahrestag der Auschwitz-Befreiung gibt es weniger Überlebende, die ihre Erfahrungen weitergeben können. Daher fordert auch die UN-Resolution zum Holocaust-Gedenktag von 2005 Staaten weltweit auf, Bildungsprogramme zu entwickeln, damit die Erinnerung lebendig gehalten wird und sich Auschwitz nicht wiederholt.

(bpb)

KALENDERBLÄTTER DEZEMBER

1754

F II, der „Sparsame"

Der höfischen Sitte folgend, den Familienmitgliedern die Weihnachtsgeschenke am Neujahrstag zu überreichen, folgt am 1. Januar auch Friedrich II.: Er verschenkt: eine Dose für die Königin-Mutter 420 Taler; Silberzeug für Prinz Ferdinand 500 Taler; Tabatiere für den Markgrafen von Ansbach 600 Taler; Silber für die Herzogin von Braunschweig 500 Taler - so viel zur preußischen Tugend „Sparsamkeit"!

1919

KPD-Nowawes im Restaurant Hiemke gegründet

Gründung der Ortsgruppe der KPD in Nowawes am 3. Januar im Restaurant Hiemke. Zu den 150 Gründern zählen: Hans Wittke, Karl Forst, Christian Seidel, Ernst Heinrich, Albert Heese, Arthur Sasse, Kurt Tänzer, Josef Dotzauer, Anna Heese. Die Leitung setzt sich zusammen aus Hans Wittke, Schlosser bei Orenstein & Koppe, Karl Forst, Werkzeugmacher bei der Fa. Stock in Berlin (wohnhaft in Nowawes), Christian Seidel, Maschinenarbeiter bei Orenstein & Koppel.

1934

Aus der Nuthe gerettet

Der Schüler Kurt Miesewczyk von der Nowaweser Gemeindeschule III rettet am 5. Januar seinen Mitschüler Heinz Thomas vor dem Ertrinken in der Nuthe. Der Regierungspräsident zeichnet ihn mit einem Belobigungsschreiben und 60,- RM aus.

1944

Verurteilt wegen „Umgang mit Ostarbeitern"

Das Landgericht Potsdam verurteilt am 7. Januar den Potsdamer Landschaftsgärtner Richard G. zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren und vier Monaten und dessen Ehefrau Emma G. zu zwei Jahren und sieben Monaten Zuchthaus. Sie waren angeklagt, verbotenen Umgang mit „Ostarbeitern" gepflegt zu haben. Die Polin Katharina J., die als Küchenhilfe in der Gaststätte „Meierei" im Neuen Garten tätig war, statteten sie am 04. 07. 1943 mit Reisegeld (200,- RM) sowie einer Armbanduhr aus und ermöglichten ihr die Zugfahrt nach Polen (Kutno); dort wird sie am 06. 07. 1943 verhaftet und am 17. 08. 1943 in das Potsdamer Polizeigefängnis überstellt. Katharina J. wurde in ein Konzentrationslager verbracht; die letzte Nachricht stammt vom 03. 01. 1944 aus dem Konzentrationslager Auschwitz.

1949

„Schandfeck" sprengen

Angestellte der Brandenburger Landesregierung führen am 23. Januar im Lustgarten eine Enttrümmerungsaktion durch. In einer Resolution bekennen sie: Wir „...protestieren schärfstens gegen die Nichtbewilligung der Sprengung der Überreste des Stadtschlosses. Die Ursache ist darin zu finden, daß einige Einsprüche beim Innenminister eingereicht wurden, mit dem Ziel, diesen Hohenzollernschandfleck zu retten. Wir fragen: ‚Mit welcher Begründung trägt man den Wünschen der reaktionären Kreise Rechnung?'

1959

Glückliche Familien

Gründung der Hausgemeinschaft Wilhelm-Staab-Straße 1; „Sie gehören zu den glücklichen Familien, denen es vergönnt war, im Dezember des vergangenen Jahres eine Neubauwohnung zu beziehen. Sie ließen sich bei ihrer ersten Zusammenkunft davon leiten, dass in einem Hause, deren Aufbau unter den Bedingungen unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates ermöglicht wurde, nicht nur gemeinsam wohnen, sondern die Ziele, die sich unser Arbeiter-und-Bauern-Staat gestellt hat, gemeinsam verwirklichen wollen." (MV, 30. 01. 1959)

1964

Klassik im Lindenpark

Konzert des DEFA-Sinfonieorchesters spielt im Klubhaus Lindenpark Werke von Wolfgang Amadeus Mozart, Antony Dvorak, Charles Gunod, Theo Makkeben, Johann Strauß, Herbert Kanprath und Wilfried Körner (beide vom DEFA-Sinfonieorchester); das Orchester wird von Karl-Ernst Sasse geleitet

17. 01. 1984

Kaufhalle Am Stern

Im Wohngebiet Am Stern wird die zweite HO-Kaufhalle (es ist zugleich die 10. in Potsdam) durch den 1. Stellvertreter der Oberbürgermeisterin, Prof. Dr. Werner Gramann, übergeben; Leiter wird Peter Scharmacher

Beschlossen in der Stadtverordnetenversammlung

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 5. Dezember 2018 wurden mehrere von unserer Fraktion DIE LINKE eingereichte Anträge beschlossen – hier eine Auswahl

Förderprogramm für Ateliers auflegen

Potsdamer Künstler*innen und Kreative haben nicht viele Möglichkeiten, Atelierräume zu mieten. Mit der Anhebung der Mieten im Rechenzentrum hat sich die Situation noch verschärft. Nicht alle diese Räume Nutzende können sich das leisten. Daher, so Dr. Karin Schröter bei der Begründung des Antrages, sei es angesagt, dass es Künstler*innen unter bestimmten Bedingungen möglich sein sollte, sich um eine Unterstützung zu bewerben. Ein aufzulegendes Förderprogramm könnte dabei helfen. Wie und unter welchen Kriterien das machbar ist, soll im April 2019 von der Verwaltung dargelegt werden.

Kostenlosen Eintritt ins Potsdam Museum verstetigen

Der Testversuch des Potsdam Museums, den Besuch der Dauerausstellung kostenfrei zu stellen, war ein voller Erfolg. Es kamen deutlich mehr Interessierte als vorher. Der Verlauf des Testes wurde dokumentiert, analysiert und die Ergebnisse vorgelegt. Dass der Versuch durchgeführt wurde, geschah bereits auf Antrag der LINKEN. Die Resultate legen es mehr als nah, dass für den Besuch der Ausstellung dauerhaft kein Eintritt gezahlt werden sollte. Das kostet Geld, weil die Einnahmeverluste des Museums ausgeglichen werden müssen. Es sind also die Rahmenbedingungen zu schaffen, um dieses Anliegen zu realisieren. Es soll daher bis Januar 2019 geprüft werden, ob die für die Kompensation der Eintrittsgelder erforderlichen Mittel aus den wachsenden Steuereinnahmen der Stadt aufgebracht werden können.

Potsdamer Kinderstadtplan sichern

Seit 2001 gibt es den mit Kindern für Kinder gestalteten Kinderstadtplan „Hast'n Plan". Die mit der bisher letzten Auflage aus 2016 gedruckten 20000 Exemplare sind vergriffen. Die digitale Darstellung des Planes, die es seit 2012 gibt, muss dringend überarbeitet werden.
Dafür und für eine Neuauflage fehlt der Medienwerkstatt, die dieses Projekt trägt, schlicht das Geld. Der Plan ist bei Kindern, Eltern und Pädagogen sehr gefragt und ein Markenzeichen der Kinderfreundlichkeit unserer Stadt. Andere Kommunen haben ihren Kinderstadtplan nach dem Potsdamer Vorbild entwickelt. Auch darum, so der Antrag der LINKEN, muss gewährleistet werden, dass die jährlich 30000 Euro für anteilige Personal-, Sach- und Druckkosten für 2019 zur Verfügung gestellt werden und mit dem Haushalt 2020/21 eine dauerhafte Finanzierung gesichert wird. Nun wird bis Januar 2019 geprüft, wie das gehen soll.

Mehrwegbechersystem etablieren

Ganz im Sinne der im Masterplan 100% Klimaschutz verankerten Ziele ist das Ersetzen von Einwegbechern durch ein Mehrwegbechersystem. Denkbar ist auch, benutzte Einwegbecher in geschlossenen Kreisläufen der Wiederverwendung zu zuführen. Dazu braucht es das Mittun aller. Sowohl die Nutzer*innen von Einwegbechern, die Verkaufseinrichtungen, Organisationen und Firmen, aber auch die städtischen Betriebe müssen sich diesem Anliegen gegenüber aufschließen. Gemeinsam mit der Initiative Potspresso soll nun geprüft werden, welche finanziellen Auswirkungen mit diesem Anspruch verbunden sind und wann diese wichtige Veränderung etabliert werden kann.

Laubentsorgung weiter gewährleisten

Es war „nur" ein Ergänzungsantrag, den Dr. Scharfenberg für DIE LINKE zu dem Thema Laubentsorgung einbrachte und begründete. Ausgangspunkte dafür waren Probleme mit der Laubabfuhr im Ortsteil Fahrland, vor allem aber Hinweise von Bürger*innen,



die sich über die großen Laubhaufen an den Straßenrändern der Stadt beschwerten und beklagten, dass diese nicht wie bisher von der STEP abgefahren werden. Recherchen ergaben, dass die Verwaltung diese Leistung für die Reinigungsklassen 1 bis 5 heimlich still und leise aus der Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung gestrichen hatte.
Offenbar sollte nur noch „nach Bedarf" gehandelt. Mit der zur Abstimmung gestellten Ergänzung soll nun der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Straßenreinigung in den genannten Reinigungsklassen und der Laubabfuhr ab 2019 wiederhergestellt werden, um diese im gesamten Stadtbiet zusichern.



Potsdam Museum im Alten Rathaus
FOTO: Ulf Böttcher

Einige Erwartungen für 2019

Das Jahr 2019 steht im Zeichen der Kommunalwahl. Am 26. Mai werden die Potsdamerinnen und Potsdamer über die Zusammensetzung der neuen Stadtverordnetenversammlung entscheiden. Unser Ziel ist es dabei, wieder mit einer starken Fraktion einen gewichtigen Beitrag für eine gute Entwicklung der Stadt zu leisten, an der alle Einwohnerinnen und Einwohner beteiligt werden. DIE LINKE stellt sich mit einer guten Bilanz dieser Wahl. Wir werden in den verbleibenden Monaten darauf drängen, dass die Rückzahlung von Kita-Beiträgen im Interesse der Eltern entschieden wird. Wir wollen Fortschritte in der Wohnsituation erreichen, indem endlich die von uns geforderte Wohnungstauschzentrale eingerichtet und für den neuen Stadtteil Krampnitz eine Mietobergrenze festgelegt wird. Wir wollen, dass die Potsdamerinnen und Potsdamer in diesem Jahr mit den von uns durchgesetzten Stadtteilkonferenzen unmittelbar in die Entwicklung der Stadt und ihres Stadtteils einbezogen werden. Deshalb werden wir auch weiter den engen Kontakt mit Bürgerinitiativen wie im Zusammenhang mit den Planungen zum Schulstandort Waldstadt Süd pflegen. Natürlich wollen wir auch unsere Bemühungen um den Erhalt des „Minsk" zu einem erfolgreichen Abschluss führen. Wir wünschen uns einen inhaltlichen Wettbewerb der Parteien um die besten Lösungen für die Stadt. Dabei hat der neue Oberbürgermeister eine große Verantwortung, dem wir eine faire und kritisch-konstruktive Zusammenarbeit anbieten.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

„In Deutschland herrscht Klassenkampf“

Bernd Riexinger über die Vielfalt der heutigen Arbeiterklasse, gemeinsame Interessen und die besondere Aufgabe der Partei DIE LINKE

Die erste Auflage deines jüngst erschienen Buchs „Neue Klassenpolitik – Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen“ ist bereits vergriffen. Weshalb trifft das Thema offenbar den Nerv der Zeit?

Bernd Riexinger: Weil die Diskussion über Klassenpolitik extrem aktuell ist. Beispielsweise haben die beiden BMW-Erben Quandt und Klatten im vergangenen mehr als 1,1 Milliarden Euro Dividende erhalten – mehr als 3 Millionen Euro pro Tag, ohne eigenes Zutun, nur durch Ausbeutung. Gleichzeitig haben 40 Prozent der Bevölkerung – Verkäuferinnen, Fliesenleger, Krankenpflegerinnen – heute weniger Einkommen als vor 20 Jahren. Ganz objektiv: Es herrscht Klassenkampf.

Ist es noch zeitgemäß, von einer Arbeiterklasse zu sprechen?

Unbedingt. In Deutschland ist die Klasse der Lohnabhängigen so groß wie noch nie, aber ihre Zusammensetzung hat sich im Laufe der Zeit stark gewandelt. Die Arbeiterklasse ist heutzutage weiblicher und migrantischer, sie ist deutlich häufiger im Dienstleistungsbereich und in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig. Leider ist sie auch gespalten, in Kernbelegschaften und Leiharbeitskräfte, in befristet und unbefristet Beschäftigte, aber auch in Frauen und Männer und in Deutsche und Migranten. Dieser Spaltung müssen wir eine verbindende Klassenpolitik entgegensetzen.

Was bedeutet verbindende Klassenpolitik?

Das Konzept der verbindenden Klassenpolitik beschreibt einen Weg für



einen linken Aufbruch. Es geht mir darum, den Konflikt zwischen „uns hier unten“ und „denen da oben“ wieder offensiv zu führen und als Gegenentwurf zum Modell der Rechten durchzusetzen, die Deutsche gegen Einwanderer aufhetzen. Es geht darum, dass Menschen mit unterschiedlichen Berufen und Biografien, prekär und nicht prekär Beschäftigte, Menschen unterschiedlicher Herkunft und Hautfarbe gemeinsame Interessen und gemeinsame Gegner erkennen. Dann können wir zusammen politische Auseinandersetzungen führen und gewinnen.

Wie kommen diese Menschen zusammen?

Das ist eine zentrale Aufgabe der Partei DIE LINKE: Wir müssen dabei helfen, Auseinandersetzungen und Forderungen zu finden, die die Spaltung überwinden; wir müssen die Kämpfe unterstützen, in denen die Menschen lernen, zusammen für eine Sache einzutreten.

An welche Auseinandersetzungen denkst du?

Ich denke zum Beispiel an unsere Bemühungen, die Arbeitswelt wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen: mit höheren Löhnen und unbefristeten Verträgen, mit mehr Mitbestimmung und Wochenarbeitszeiten, die zum Leben passen. Wir müssen aber diese Fragen von Lohn und Kapital verbinden mit den Problemen der Reproduktion, also den gesamten Menschen in den Blick nehmen. Das betrifft den Wunsch nach hochwertigen Kitas und Schulen, nach zuverlässigem Transport mit Bus und Bahn, nach guten Krankenhäuser und günstigen Mietwohnungen. Deshalb führt DIE LINKE zurzeit zwei Kampagnen: für mehr bezahlbaren Wohnraum und gegen den Pflegenotstand. Mit diesen Kampagnen versuchen wir, das Konzept der verbindenden Klassenpolitik in der Praxis umzusetzen. Vom Bodensee bis Rügen ist DIE LINKE in vielen Städten an Bündnissen und Initiativen beteiligt, um unsere Forderungen durchzusetzen. Diesen Ansatz werden wir weiter stärken.

Bernd Riexinger ist seit 2012 Vorsitzender der Partei DIE LINKE. Zuvor war er jahrelang Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart und gehörte 2013 zu den Initiatoren der Proteste gegen Hartz IV.



Bernd Riexinger: Neue Klassenpolitik - Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen, VSA: Verlag, 160 Seiten, 14,80 Euro, ISBN 978-3-89965-827-9

Verbandsrat des Paritätischen Brandenburg gewählt

Auf der Mitgliederversammlung des Paritätischen Landesverbandes Brandenburg am 21. November in Potsdam wurde der neue Verbandsrat des Paritätischen Brandenburg gewählt. Die ehemalige Potsdamer Sozialbeigeordnete, Elona Müller-Preinesberger, wurde einstimmig zur Vorsitzenden ernannt.

Müller-Preinesberger bringt langjährige Erfahrungen und Fachexpertise im Bereich der sozialen Sicherung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene und deren Familien mit. 2016 war sie aus familiären Gründen in den Vorruhestand getreten, freut sich aber den Landesverband im Ehrenamt unterstützen zu können. Vertreten wird sie von Inga-Karina Ackermann, Hauptamtliche Vorsitzende des Arbeitslosenverbandes Deutschland; zweiter Stellvertretender Vorsitzender ist Andreas Spohn, Geschäftsführer von Independent Living.



Verbandsrat des Paritätischen Brandenburg, v. l. Christian Lehmann, Elona Müller-Preinesberger, Andreas Spohn, Inga-Karina Ackermann, Dr. Martin Nanzka, Katrin Köppen, Holger Schult, Thomas Gehrmann und Hartmut Höhna

© Daniela Bakos

Der Paritätische Brandenburg setzt sich öffentlich für die Belange benachteiligter Menschen ein und ist auf kommunaler Ebene sowie im Land fachkompetenter Partner Für Politik und Verwaltung. Unter ihrem Dach sind in Brandenburg über 300 eigenständige, gemeinnützige Organisationen mit mehr als 800 Einrichtungen zusammengeschlossen. Dazu gehören große überregionale Institutionen, kleinere und mittlere regionale Organisationen aber auch lokale Selbsthilfegruppen.

Kritik am Kompromiss

Erste Lesung der Novelle des Polizeigesetzes/Von Dr. Volkmar Schöneburg, Mitglied des Landtages Brandenburg

Die Rollen waren klar verteilt. Die CDU kritisierte den vom Kabinett eingebrachten Entwurf für ein novelliertes Brandenburger Polizeigesetz als „völlig unzureichend“ und Kniefall des Innenministers vor der LINKEN. Er lasse die Polizei im Regen stehen. Die AfD forderte sogar die martialische Aufrüstung der Polizei (z. B. mit Maschinengewehren). Es fehlte nur noch, dass ihr Redner die Einführung eines „Landessicherheitshauptamtes“ gefordert hätte. Von links kritisierte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, unberührt davon, dass in Baden-Württemberg und Hessen schärfere Gesetze mitgetragen werden, die immer noch im Gesetz geregelten schweren Grundrechtseingriffe. Der Innenminister sieht in dem Entwurf, der aufgrund des „politisch motivierten“ Extremismus, der jeden gefährden könne, notwendig sei, als Kompromiss zwischen den bürgerlichen Freiheitsrechten und den Eingriffsbefugnissen der Polizei. Hans-Jürgen Scharfenberg betonte für DIE LINKE, dass es zuvorderst immer noch um soziale Sicherheit gehe. Zudem hob er hervor, was sich an dem im Januar vom Innenministerium vorgelegten Referentenentwurf unter Einfluss der LINKEN verändert habe. Es ginge darum, die Eingriffsbefugnisse der Polizei auf das „zwingend Notwendige“ zu begrenzen.

Vor dem Schlimmsten bewahrt

In der Tat: Gegenüber der Ausgangslage hat sich einiges verändert. Die Online-Durchsuchung und die elektronische Fußfessel für „Gefährder“ wurden aus dem Entwurf gestrichen. Der Einsatz von Sprengmitteln, jetzt „Explosivmittel“, durch die Polizei ist so gut wie ausgeschlossen. Auch auf die molekulargenetische Untersuchung zur Identitätsfeststellung wurde verzichtet.

Ein Kompromiss ist die Regelung zur Quellen-TKÜ, also zum Einsatz eines Trojaners zum Auslesen verschlüsselter Nachrichten. Sie ist eng gefasst, beschränkt auf Terrorverdächtige und steht unter richterlichem Vorbehalt. Die Schleierfahndung, die bisher im grenznahen Raum gestattet ist, soll auf Hauptstraßen außerhalb der Grenznähe ausgedehnt werden. Das Innenministerium wollte dagegen ihre Zulassung in ganz Brandenburg. Die Präventivhaft, die Einsperrung ohne Tat, Anklage und Urteil, ist gegenwärtig bis zu vier Tagen möglich. Für Terrorverdächtige soll sie nun auf zwei Wochen, mit der Möglichkeit einer Verlängerung um weitere zwei Wochen, auf Grundlage einer richterlichen Entscheidung verlängert werden.



Volkmar Schöneburg
Bild: © Jürgen Angelow

Noch genug Kritikpunkte enthalten

Problembehaftet sind darüber hinaus u. a. die geplante Einführung von sogenannten Bodycams für Polizisten (deren Einsatz in Wohnungen jedoch ausgeschlossen ist), die Erteilung von Meldeauflagen, wenn vermutet wird, der Betroffene könne Straftaten nach dem Versammlungsgesetz begehen, und die Verlängerung der Speicherfrist von 48 Stunden auf zwei Wochen bei der Videoüberwachung. Kritisch zu sehen ist auch der Anknüpfungspunkt für das Verhängen von Aufenthalts- und Kontaktverboten gegen „Gefährder“ durch die Polizei. Denn hier wird inhaltlich an den weit vorgelagerten Begriff der „drohenden Gefahr“ angeknüpft. Dieser Begriff ist höchst umstritten, da mit ihm ein weiterer Schritt ins Vorfeld einer vielleicht zu begehenden Straftat erfolgt. Gegen seine Verwendung im bayrischen Polizeigesetz (statt der üblichen „konkreten Gefahr“) klagen mehrere Bundestagsfraktionen, auch DIE LINKE, vor dem Bundesverfassungsgericht.

Es ist unbestritten: Durch den Einfluss der LINKEN ist der Gesetzentwurf erheblich entschärft worden. Insofern hat die Partei auch ihren Gebrauchswert in der Regierung unter Beweis gestellt. Trotzdem schlägt ihr auch aus der Basis der Partei und einem breiten Bündnis gegen ein neues Polizeigesetz heftige Kritik entgegen. Die Kritiker, unter ihnen auch der Autor dieser Zeilen, sehen die Erforderlichkeit dieser Novelle nicht. Sie ist eine typische „Anlassgesetzgebung“, die das Verhältnis zwischen Prävention und Rechtsstaatlichkeit weiter in Richtung ersterer verschiebt und viel Symbolpolitik beinhaltet. Rechtsstaat wird dabei als Limitierung der Staatsgewalt im Interesse der Bürger verstanden, der u. a. die Bindung von Exekutive und Gesetzgebung an die Grundrechte dient.

Trotzdem: Dilemma der Partei

Dass nun die beiden Positionen, einerseits der Versuch, das Schlimmste (hier erfolgreich) zu verhindern, andererseits im Sinne einer negativen Reform (Thomas Mathiesen) konsequent Nein zu sagen, aufeinanderprallen, ist auch dem Dilemma der Partei geschuldet. Zwar ist im Koalitionsvertrag eine Novellierung des Polizeigesetzes festgeschrieben, aber eine inhaltliche Untersetzung fehlt. Es gibt keine Positionierung unsererseits, wie das Polizeigesetz zu verändern ist. Denkbar wären ja auch die Einführung einer Beschwerdestelle, die u.a. Zugriff auf die Bodycam-Aufnahmen haben müsste, oder die Halbierung der Präventivhaft auf zwei Tage, wie es gerade in Berlin diskutiert wird. Aber auch als die innenpolitischen Sicherheitsstrategen als Reaktion auf das Berliner Attentat daran gingen, die Polizeigesetze zu verschärfen, um Handlungsfähigkeit zu Lasten der Rechtsstaatlichkeit zu demonstrieren, hat DIE LINKE verabsäumt, politisch zu klären, wie sie einem solchen Ansinnen in Brandenburg gegenübersteht. Natürlich kann man sich der politischen Debatte nicht entziehen. Aber man kann die weitere Stärkung einer Sicherheitsgesellschaft mit den guten Argumenten des Parteiprogramms der LINKEN konsequent ablehnen (was die Auffassung des Autors ist) oder sich in gewisser Weise auf die Logik der Scharfmacher einlassen,um das Übelste zu verhindern. Die nächste Station im Gesetzgebungsverfahren ist die Anhörung von Sachverständigen am 8. Januar im Innenausschuss. Danach wird sich zeigen, ob der Entwurf noch im Sinne der Bürgerrechte weiter qualifiziert werden kann.

Publiziert im „Widerspruch“ Dezember 2018/Januar 2019, Seite 4 (http://volkmarschoeneburg.de/wp-content/uploads/2018/11/Widerspruch_2018-12_2019-1_web.pdf). Siehe auch: http://volkmarschoeneburg.de/kritik-am-kompromiss/

Meinung – kurz und knapp:

Königer bleibt Königer...

Zum Austritt von Steffen Königer aus der AfD erklärt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag, Kathrin Dannenberg:

„Wir nehmen die Entscheidung von Herrn Königer zur Kenntnis. Und wir spekulieren nicht, ob dies mit innerparteilichen AfD-Streitigkeiten und seiner erfolglosen Bewerbung für einen EU-Listenplatz zu tun hat.

Mit der Abgabe seines Parteibuchs hat er nicht seine Ansichten abgegeben:

Es war Herr Königer, der das Denunziantenportal für Lehrer in Brandenburg installiert hat.

Es war Herr Königer, der vom „totalen Krieg“ gegen das Bildungssystem gesprochen hat.

Es war Herr Königer, der sich im Landtag über Lesben und Schwule lustig gemacht hat.

Das Parteibuch ist also nicht entscheidend, sondern die Haltung eines Menschen.“

Premieren-Nachlese des Films „Der marktgerechte Patient“



Am Donnerstag, dem 08. November 2018, feierte der Dokumentarfilm von unten „Der marktgerechte Patient“ deutschlandweite Premiere. DIE LINKE.Potsdam förderte den Film von Herdolor Lorenz und Leslie Franke mit insgesamt 522,67 € und richtete die Potsdamer Premiere im Thalia Programmkino aus. Etwa 60 Gäste, darunter auch Pfleger*innen, Sanitäter*innen und Ärzt*innen folgten unserer Einladung zum kostenlosen Kinoabend.
In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass die Anwesenden den neuen Film als außerordentlich gelungen einschätzen. Der Mut zur Ehrlichkeit des Personals, von den Filmemachern hervorragend eingefangen, wurde bewundert. Ebenso wurde gelobt, dass der Film v. a. am Ende auch Positivbeispiele zeigt, die vormachen, dass es eben auch anders gehen kann. Einhellig wurde festgestellt, dass der Film gut geeignet ist, um insbesondere nicht betroffene Berufsgruppen aufzurütteln und zu informieren.

Bei der Diskussion kristallisierten sich einige Forderungen heraus, die wir als DIE LINKE.Potsdam nur unterstützen können:

Gesundheit ist keine Ware! Zurück zur öffentlichen Daseinsvorsorge! Krankenhäuser gehören rekommunalisiert.
Krankenhäuser und stationäre sowie ambulante Altenpflegeeinrichtungen brauchen mehr Geld, mehr Personal und mehr Zeit! Gute Pflege braucht eine vernünftige Bezahlung, von der man bis ins Alter leben und seine Familie versorgen kann.
Die Arbeitsbedingungen und damit auch die Anerkennung der Berufsbilder und somit deren Attraktivität sind grundlegend zu verbessern.
Dazu zählen: die bundesgesetzliche Zuweisung von Personalschlüsseln, die Einführung von versetzten Schichtsystemen zur Entlastung des Personals, betriebseigene Kindertagesstätten und eine Anpassung der Arbeitszeiten für Eltern an deren Öffnungszeiten, die Rücknahme sämtlicher Auslagerungen an Service-Gesellschaften (z. B. Reinigung, Essensversorgung), da auch sie dem immensen Ökonomisierungsdruck unterliegen, die Beendigung der Leiharbeit in der Pflege. Dauerstellen für Daueraufgaben!
Fallpauschalen (die so genannten DRGs) müssen sofort abgeschafft werden, denn Krankheiten verlaufen individuell und folgen keinem Finanzplan.
Gefährliche Hygienemängel durch Zeit- und Personalmangel sind umgehend zu beseitigen.
Für die Umsetzung dieser Ziele braucht es einen starken gesellschaftlichen Schulterschluss quer durch die Bevölkerung – denn zum Patienten oder zur Patientin können wir alle jederzeit werden. Es ist an der Zeit, dass sich sowohl das Personal als auch alle (potentiellen) Patient*innen organisieren und für ihre berechtigten Forderungen auf die Straße gehen. Wir dürfen uns nicht unserem Schicksal ergeben. Ein reiches Land wie Deutschland kann es sich nicht leisten, bei der Gesundheit der Menschen zu sparen.
Der Film „Der marktgerechte Patient“ ist dazu geeignet, die Menschen aufzurütteln und zu motivieren, sich zu wehren. DIE LINKE.Potsdam ist daher gern zu weiteren Vorführungen bereit, darüber hinaus läuft der Film aktuell in vielen Kinos.

Tina Lange, stv. Kreisvorsitzende DIE LINKE.Potsdam







Einzug mit Pauken und Trompeten

Der Fanfarenzug Potsdam hat einen Kooperationsvertrag mit dem Jugendclub Club 91 in Potsdam West geschlossen. Zukünftig wird er hier einmal pro Monat zu Gast sein und allen Besuchern einen Blick hinter die Kulissen gewähren. Unser Bildreporter war am 15. November 2018 bei der ersten Kennenlernrunde vor Ort und hat ein paar Schnappschüsse gemacht.
Anders als man den Fanfarenzug sonst so kennt, nämlich als streng marschierende Posaunisten, Trommler, Trompeter und Pauker, hatten hier alle viel Spaß – an der Musik und dem Miteinander.
Wer den Fanfarenzug also mal ganz anders und hautnah kennenlernen möchten, findet im Jugendclub 91 demnächst regelmäßig Gelegenheit. Mehr Infos findet man unter Fanfarenzug Potsdam.

Fotos: meetingpoint potsdam/UJ

SUDOKU

9			5	2		7		3
				1		9		
2	6		3					
						2		1
3	4						7	8
1		2						
					1		8	4
		3		7				
4		6		9	3			7

Auflösung Dezember

5	3	1	8	2	9	7	6	4
9	4	6	7	1	5	8	3	2
7	8	2	4	6	3	9	1	5
8	9	4	1	3	6	5	2	7
6	7	3	2	5	4	1	8	9
2	1	5	9	7	8	6	4	3
4	5	8	3	9	1	2	7	6
1	6	7	5	4	2	3	9	8
3	2	9	6	8	7	4	5	1

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine •

Freitag, 11. Januar
20.00 Uhr, freiLand e. V. Café hausZwei: Geheimsache Rosa Luxemburg - Aufführung der Inszenierung vom Portraittheater Wien. RLS in Kooperation mit Libertalia e.V.

Sonnabend, 12. Januar
10.00 – 13.00 Uhr, Bürgerhaus Stern*Zeichen: Gesamtmitgliederversammlung mit Wahl des Ortsvorstandes DIE LINKE

Montag,14. Januar
13.00 – 16.00 Uhr, Drewitz: Jahresauftaktveranstaltung der Gartenstadt Drewitz, oskar, Stadtteilschule

Dienstag, 15. Januar
16.00 Uhr, Ehrung von Karl und Rosa vor dem Haus Hegelallee 38 (ehemaliges SPD-Vereinslokal)

Mittwoch, 16. Januar
17.00 Uhr, Bürgerbüro Scharfenberg: Sprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (linker Eingang BH Stern*Zeichen). Voranmeldungen sind möglich unter 0331/6005069 oder buero.scharfenberg@gmx.de

Donnerstag, 17. Januar
17.00 Uhr, Bürgerhaus Stern*Zeichen: Ortsvorstandsberatung

Freitag, 18. Januar
18.00 Uhr, Geschäftsstelle der LINKEN.Potsdam: Neujahrsempfang des Kreisverbandes (Zeppelinstraße 7)

Sonntag, 20. Januar
11.00 Uhr „Flamme der Revolution“ am Mercure-Hotel: Gedenken an KLarl Liebknecht und Rosa Luxemburg